Norbert Mag

Der Düsseldorfer Kreis im Jahr 2008

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hatte im Jahr 2008 turnusgemäß den Vorsitz des Düsseldorfer Kreises übernommen und zu den Sitzungen im Frühjahr und Herbst nach Wiesbaden eingeladen. Wie in jedem Jahr standen die unterschiedlichsten Themen zur Beratung an. An dieser Stelle kann nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was Gegenstand der Beratungen war, beleuchtet werden.

Allen voran sind die Themen zu nennen, die den Düsseldorfer Kreis bewogen haben, einen zur Veröffentlichung bestimmten Beschluss zu fassen. Die Kenner der Datenschutzszene, zu denen regelmäßige Leser der DuD mit Sicherheit gehören, dürften beobachtet haben, dass der Düsseldorfer Kreis seit kurzem dazu übergegangen ist, Beschlüsse zu datenschutzrechtlichen Themen zu fassen, die anschließend veröffentlicht werden, z.B. auf der Internet-Seite des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Aufgrund seiner Herkunft als Fachtagung der Datenschutzreferenten der obersten Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich war der Düsseldorfer Kreis seit seiner Entstehung im Jahr 1977 ein unauffällig wirkendes Fachgremium, dessen Beratungsergebnisse nur gelegentlich und eher zufällig in die Öffentlichkeit gelangten. Seit dem Jahr 2006 sind die Aufsichtsbehörden jedoch dazu übergegangen, zu einzelnen Themen Beschlüsse zu fassen und darin ihre Auffassung einer datenschutzgerechten Lösung darzustellen. Es handelt sich in der Regel um Sachverhalte, die für eine Vielzahl von Menschen von Interesse sind, weil sie Betroffene sein können oder weil die Berichterstattung in den Medien das Interesse der Öffentlichkeit an der datenschutzrechtlichen Bewertung der Vorgänge geweckt hat.

Welches Medium könnte mehr Menschen erreichen, mehr Menschen betreffen, als die vielfältigen Angebote des Internet? Daher hatten sich die Aufsichtsbehörden im Jahr 2008 wiederholt mit dem Internet zu befassen.

Die „Internet-Portale zur Bewertung von Einzelpersonen“ waren eines dieser Themen. Die Portale zur Bewertung von Lehrerinnen bzw. Lehrern sind inzwischen nahezu allgemein bekannt. Immer wieder boten sie in der Vergangenheit Anlass für Rechts-

streitigkeiten zwischen deren Betreibern und den bewerteten Personen. Natürlich gingen auch bei den Datenschutzaufsichtsbehörden viele Anfragen und Beschwerden zu den Bewertungsportalen ein. Das bot Anlass, sich einmal grundsätzlich zu diesen Angeboten zu äußern. Die Aufsichtsbehörden haben in ihrem Beschluss vom 17./18. April 2008 festgestellt, dass es sich bei den Bewertungen „vielfach um sensible Informationen und subjektive Werturteile über Betroffene handelt, die in das Portal eingestellt werden, ohne dass die Urheber erkennbar sind.“ Die Betreiber solcher Angebote sind, wie die Aufsichtsbehörden aus ihrer täglichen Praxis wissen, dabei häufig der Ansicht, sie seien für die eingestellten Bewertungen nicht verantwortlich, weil diese nicht von ihnen sondern den Nutzen des Angebots stammen. Die Aufsichtsbehörden haben deshalb in ihrem Beschluss klargestellt, dass „Anbieter entsprechender Portale die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes über die geschäftsmäßige Verarbeitung personenbezogener Daten einzuhalten“ haben. Nach Auffassung der Aufsichtsbehörden rechtfertigt es das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bewerteten generell als nachrangig einzustufen.

Ein weiterer Beschluss vom 17./18. April 2008 befasste sich mit der „datenschutzkonformen Gestaltung sozialer Netzwerke“. Die Zahl solcher Netzwerke nimmt beständig zu. Den Nutzern ist dabei oft nicht klar, wie viel sie in den entsprechenden Portalen über sich verraten. Sie bedienen sich mit zu großer Sorglosigkeit des Mediums. Die einmal preisgegebenen Daten verselbständigen sich im Internet jedoch leicht. Die Aufsichtsbehörden sind deshalb der Auffassung, dass die Anbieter solcher Netzwerke die Nutzer auch über die Risiken zu unterrichten haben, die mit der Veröffentlichung von Daten in Nutzerprofilen verbunden sind. Außerdem fordern die Aufsichtsbehörden die Anbieter sozialer Netzwerke auf, „datenschutzfreundliche Standardeinstellungen für ihre Dienste zu wählen, durch die die Privatsphäre der Nutzer möglichst umfassend geschützt wird.“

Ein weiteres Thema mit dem sich der Düsseldorfer Kreis zu beschäftigen hatte, ist die „datenschutzrechtliche Bewertung von digitalen Straßenansichten insbeson-

dere im Internet“ (Beschluss vom 13./14. November 2008). Bei digital erfassten Fotos von Gebäude- und Grundstücksansichten, die über Geokoordinaten eindeutig lokalisiert und damit einer Gebäudeadresse und dem Gebäudeeigentümer sowie den Bewohnern zugeordnet werden können, handelt es sich in der Regel um personenbezogene Daten. Die Aufsichtsbehörden waren sich einig, „dass die Veröffentlichung von georeferenziert und systematisch bereitgestellten Bilddaten unzulässig ist, wenn hierauf Gesichter, Kraftfahrzeugkennzeichen oder Hausnummern erkennbar sind.“ In diesen Fällen kann der Betroffene nämlich meist ohne großen Aufwand identifiziert werden. Die Gefahr für eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen ist daher besonders groß. Für diese Bewertung war u.a. von Bedeutung, dass die Veröffentlichung im Internet einen unkontrollierbaren, weltweiten Zugriff auf die in digitaler Form verfügbaren Daten ermöglicht. Auch wenn der Anbieter nicht die Absicht verfolgt, eröffnet er damit Dritten die Möglichkeit, die Daten des Betroffenen für eigene Zwecke zu verwenden, z.B. zum Abgleich mit eigenen Datenbeständen.

Natürlich haben sich die Aufsichtsbehörden des Düsseldorfer Kreises auch mit den im Jahr 2008 in bisher unbekanntem Maße aufgetretenen Verstößen gegen das Bundesdatenschutzgesetz beschäftigt. Galt es zunächst die Aufsichtstätigkeit abzustimmen und zu koordinieren, wo es sich um Verstöße durch bundesweit tätige Unternehmen handelte, boten im letzten Drittel des Jahres die Vorschläge des Bundesinnenministeriums zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes bzw. zur Schaffung eines Datenschutzauditgesetzes Anlass zur Erörterung. Schließlich ist der Düsseldorfer Kreis das einzige Gremium, in dem die Erfahrungen aller Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich beim Vollzug des Bundesdatenschutzgesetzes gesammelt werden. Die „Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes in den Bereichen Adressenhandel, Werbung und Datenschutzaudit“ war deshalb Thema eines weiteren Beschlusses (Beschluss vom 13./14. November 2008).

Ministerialrat Norbert Mag Hessisches Ministerium des Innern und für Sport